

Inhaltsverzeichnis

Einführung	21
A. Anlass der Arbeit und Stand der Forschung	21
B. Ziel und Gegenstand der Darstellung	26

1. Kapitel

Die Informationslage zur Beschaffenheit des tiefen Untergrundes und die aktuelle Nutzungssituation	31
A. Erkenntnisse über die Beschaffenheit und die Potentiale des Untergrundes.....	31
B. Nutzungsmöglichkeiten des tiefen Untergrundes	35
I. Grundwassergewinnung.....	35
II. Erdölförderung	38
III. Erdgasförderung.....	41
IV. Bergbau auf Erze, Industrieminerale, Uran und Steinkohle....	45
V. Nutzung des Untergrundes zu Speicherzwecken	48
1. Untertage-Erdgasspeicherung	48
2. Untertage-Erdölspeicherung	51
3. Kohlenstoffdioxidspeicherung.....	52
4. Druckluft- und Wasserstoffspeicher	56
VI. Geothermie.....	58
VII. Endlagerung radioaktiver Abfälle	65
C. Aktuelle und zukünftig zu erwartende Nutzungskonkurrenzen.....	68

I.	Konkurrenzen zwischen tiefer Geothermie, Untertagespeicherung und Kohlenwasserstoffförderung	70
II.	Konkurrenzen zwischen Grundwassergewinnung und grundwassergefährdenden Nutzungen	75
III.	Konkurrenzen zwischen klassischem Bergbau und benachbarten Nutzungen	76
IV.	Konkurrenzen der Endlagerung hoch radioaktiver Stoffe mit tiefer Geothermie, Bodenschatz- und Grundwasser- gewinnung	77
D.	Abschnittsergebnis	80

2. Kapitel

Rechtliche Grundlagen für die Steuerung unterirdischer Nutzungen 83

A.	Gegenstand und Ausrichtung der Raumordnung	84
B.	Zulässigkeit einer unterirdischen Raumordnung nach dem Raumordnungsrecht	90
I.	Ausdrückliche Öffnung des Raumordnungsrechts für die Be- planung des Untergrundes – das Modell Schleswig-Holstein.	90
II.	Planfestlegungen für den Untergrund ohne ausdrückliche Regelung in den Landesplanungsgesetzen und dem ROG des Bundes	91
C.	Das Verhältnis von Raumordnung und Fachrecht	96
I.	Bundesberggesetz	97
1.	Sachlicher Geltungsbereich	98
a)	Bergfreie und grundeigene Bodenschätze	98

b)	Mit den bergfreien Bodenschätzen gleichgestellte Beschaffenheiten des Untergrundes.....	99
c)	Untergrundspeicher und sonstige Tätigkeiten und Einrichtungen.....	100
2.	Räumlicher Geltungsbereich.....	100
3.	Zwischenergebnis sachlicher und räumlicher Geltungsbereich	101
4.	Das Steuerungspotential der bergrechtlichen Zulassungsentscheidungen.....	102
5.	Die neue Raumordnungsklausel des BBergG.....	105
6.	Zwischenergebnis BBergG.....	112
II.	Wasserhaushaltsgesetz	113
1.	Sachlicher und räumlicher Geltungsbereich	114
2.	Steuerung von Grundwassernutzungen nach dem WHG	115
a)	Wasserwirtschaftliche Planung.....	116
b)	Festsetzung von Wasserschutzgebieten gem. § 52 WHG.....	117
c)	Zulassung von Gewässerbenutzungen	118
3.	Das Verhältnis von Raumordnung und Wasserrecht ..	120
a)	Wirkung der Raumordnung auf Entscheidungen nach dem WHG	121
b)	Wirkungen wasserrechtlicher Entscheidungen auf die Raumordnungsplanung	126
4.	Zwischenergebnis WHG.....	127
III.	Kohlenstoffdioxid-speichergesetz	128
1.	Der sachliche und räumliche Geltungsbereich des KSpG	128

2.	Landesrechtliche Gebietsbestimmung gem. § 2 KSpG	129
3.	Steuerung von Vorhaben im Sinne des KSpG	133
4.	Das Verhältnis von Raumordnung und Maßnahmen nach dem KSpG	135
5.	Zwischenergebnis KSpG	137
IV.	Standortauswahlgesetz	139
1.	Wirkung des Standortauswahlverfahrens auf die Raumordnungsplanung	140
2.	Zwischenergebnis StandAG.....	146
D.	Abschnittsergebnis.....	147

3. Kapitel

Die Planungspraxis der Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen 151

A.	Niedersachsen	152
I.	Landes-Raumordnungsprogramm 2017.....	152
II.	Regionalplanung am Beispiel des Landkreises Emsland	156
III.	Zwischenergebnis Niedersachsen	158
B.	Schleswig-Holstein	159
I.	Landesentwicklungsplan 2010	160
II.	Regionalplanung am Beispiel des Planungsraums II	162
III.	Zwischenergebnis Schleswig-Holstein	163
C.	Nordrhein-Westfalen	164

I.	Landesentwicklungsplan 2016	164
II.	Regionalplanung am Beispiel des Teilraums Münsterland ...	168
III.	Zwischenergebnis Nordrhein-Westfalen.....	170
D.	Mecklenburg-Vorpommern	171
I.	Landesraumentwicklungsprogramm 2016	171
1.	Grundsätze für eine unterirdische Raumordnung	172
2.	„Ziele“ für eine unterirdische Raumordnung.....	172
3.	Ressourcenschutz Trinkwasser und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe	174
II.	Regionalplanung am Beispiel des Teilraums Vorpommern..	174
III.	Zwischenergebnis Mecklenburg-Vorpommern.....	176
E.	Abschnittsergebnis.....	177

4. Kapitel

Konflikte raumordnerischer Zielfestlegungen mit geschützten Interessen Betroffener 179

A.	Beeinträchtigungen von Grundrechten	180
I.	Konflikte mit privaten Vorhabenträgern.....	180
1.	Beeinträchtigungen der Berufsfreiheit, Art. 12 I GG..	182
a)	Besonderheiten der Rechtfertigung von Vorrang- räumen am Beispiel des Landesraumentwicklungs- programms Mecklenburg-Vorpommern.....	188
b)	Besonderheiten der Rechtfertigung des Ausschlus- ses einzelner Nutzungsformen am Beispiel des Frackings sowie der Erdöl- und Erdgasförderung im Bereich des Küstenmeeres.....	195

2.	Beeinträchtigungen der Eigentumsfreiheit, Art. 14 I GG	201
a)	Beeinträchtigungen von Bergbauberechtigungen als Eigentum i. S. v. Art. 14 GG	202
b)	Beeinträchtigungen des Rechts am eingerich- teten und ausgeübten Gewerbebetrieb i. S. v. Art. 14 I GG	204
II.	Zwischenergebnis	206
III.	Konflikte mit sonstigen Privaten	208
B.	Konflikte mit der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie	211
I.	Konflikte mit Gemeinden als zusätzliche Planungsträger, Art. 28 II 1 GG	211
II.	Konflikte mit Gemeinden als Betroffene der Raumordnung, Art. 28 II 1 GG	214
1.	Sicherung von Räumen zur Gewinnung geotherm- ischer Energie, Speicherung von Wärmeenergie, Speicherung von Gasen	218
2.	Ausschluss des Frackings sowie Ausschluss von Erdöl- und Erdgasförderung im Bereich des Küstenmeeres ..	221
3.	Sicherung der Grundwasservorkommen	222
4.	Zwischenergebnis	224
III.	Konflikte mit Landkreisen, Art. 28 II 2 GG	225
1.	Selbstverwaltungsangelegenheiten der Landkreise in Niedersachsen	226
2.	Selbstverwaltungsangelegenheiten der Landkreise in Schleswig-Holstein	230
3.	Selbstverwaltungsangelegenheiten der Landkreise in Nordrhein-Westfalen	232

4. Selbstverwaltungsangelegenheiten der Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern	234
5. Zwischenergebnis	234
C. Einfachgesetzlich determinierte Konflikte.....	235
I. Konflikte mit Umweltverbänden.....	235
II. Konflikte mit Nachbarstaaten	239
D. Abschnittsergebnis.....	240

5. Kapitel

Grenzen des ROG für Zielfestlegungen einer unterirdischen Raumordnung 243

A. Die Erforderlichkeitsschwelle, § 2 I ROG	243
I. Regionalbedeutsam	245
1. Der Fracking-Ausschluss in Nordrhein-Westfalen	249
2. Die Vorrangräume in Mecklenburg-Vorpommern	250
II. Nicht offensichtlich umsetzungsunfähig	252
III. Zwischenergebnis.....	254
B. Ein umfassender Nutzungsausschluss als Kompetenzüberschreitung und unzulässige Verhinderungsplanung	255
I. Kompetenzrechtliche Abgrenzung der Raumordnung vom Fachrecht	255
II. Unzulässige Verhinderungsplanung.....	261
C. Die Kreation neuartiger Zielfestlegungen.....	263
D. Anforderungen an die Abwägungsentscheidung	267

E. Abschnittsergebnis.....270

Zusammenfassung in Thesen 273

Literaturverzeichnis277

Materialverzeichnis293